



Regionalbericht West- und Zentralafrika

Autokratischer und selbstbewusster

von Martin Welz

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2024031

Regionalbericht BTI 2024

West- und Zentralafrika

Autokratischer und selbstbewusster

von Martin Welz*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Bahrain, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Türkei, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2024 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Martin Welz, Autokratischer und selbstbewusster — BTI 2024-Regionalbericht West- und Zentralafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2024.

* Martin Welz ist Professor für Vergleichende Politische Kulturforschung an der Universität der Bundeswehr München und gemeinsam mit Matthias Basedau BTI-Regionalkoordinator für West- und Zentralafrika.

Einleitung

Die politische und wirtschaftliche Transformation in der 22 Länder umfassenden BTI-Region West- und Zentralafrika zeichnet sich durch geringe Fortschritte in wenigen Ländern, eine stagnierende Situation in den meisten Staaten und sichtbare Rückschritte in einigen Ländern aus. Dabei zeigen die politische Transformation und die Qualität von Governance in der Region eine große Varianz auf. Die wirtschaftliche Transformation verläuft auf niedrigem Niveau deutlich gleichförmiger. Für fast alle Staaten der Region gilt, dass Demokratie und Marktwirtschaft weiterhin unter Druck stehen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass afrikanische Regierungen in einem sich verändernden internationalen Umfeld nach außen immer selbstbewusster auftreten. Es bleibt abzuwarten, ob dies der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu- oder abträglich ist.

Das Spektrum an Entwicklungen ist in der westafrikanischen Sahelregion auf engem Raum zu sehen. Während Burkina Faso und Mali infolge von Coups und einer prekären Sicherheitslage erneut umfassende Transformationsrückschritte verzeichnen, zeigten sich im Nachbarland Niger leichte Verbesserungen im Berichtszeitraum 2021–2022. Diese Veränderungen wurden allerdings durch den Militärputsch im Juli 2023 in Frage gestellt. Im übrigen Westafrika zeigt sich diese Varianz ebenso. In Gambia ist ein Voranschreiten der politischen und wirtschaftlichen Transformation genauso weiter sichtbar wie auch auf niedrigerem Niveau in Côte d’Ivoire, das im Status-Index des BTI nun Platz 68 einnimmt, was sowohl mit wirtschaftlichen als auch mit politischen Fortschritten zu erklären ist. Gambia erreicht mit Platz 45 den zweithöchsten Rang in der BTI-Region West- und Zentralafrika. Besonders unter Druck geraten ist Ghana, das auf große politische und wirtschaftliche Probleme blickt und im BTI von einer konsolidierten zu einer defekten Demokratie herabgestuft wird.

Im Durchschnitt deutlich schlechter bewertet als westafrikanische Länder sind diejenigen in Zentralafrika. Mit der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik sind hier zwei der insgesamt zehn *failing states* des BTI 2024 anzutreffen (mit dem Sudan und dem Südsudan, die im BTI anderen Regionen zugeordnet sind, sind zwei weitere *failing states* in unmittelbarer Nachbarschaft). Der Tschad zeigt ebenfalls signifikante Rückschritte in allen vom BTI erfassten Bereichen, was mit einer Konsolidierung der autoritären Herrschaft nach einer nicht verfassungsgemäßen Machtübernahme durch den Sohn des an der Front verstorbenen Präsidenten zu erklären ist. Ähnlich prekär ist die Situation in Äquatorialguinea und der Republik Kongo, die beide als harte Autokratien gewertet werden.

Mit Blick auf die gesamte Region West- und Zentralafrika zeigt sich, dass die Autokratisierung weiter voranschreitet. Getrieben von den Entwicklungen in Benin, Burkina Faso, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Nigeria und dem Tschad, die im Verlauf der letzten vier Jahre alle auf der BTI-Zehnerskala der politischen Transformation über 1,00 Punkte einbüßten, haben sich die Durchschnittswerte des regionalen Entwicklungsstands massiv nach unten verändert. Besonders die politischen Rückschritte in westafrikanischen Ländern, von denen im BTI 2020 außer Mauretanien und Togo alle demokratisch regiert worden waren und nunmehr nur noch sechs der 15 Länder Demokratien sind, führten zu einer deutlichen Reduktion des Transformationsstands im Status-Index des BTI.

Der Vergleich mit den Ländern des südlichen und östlichen Afrikas verdeutlicht die angespannte Situation in West- und Zentralafrika. Obwohl die Region fortwährend einen deutlich niedrigeren wirtschaftlichen Entwicklungsstand aufweist, waren es die beachtlichen politischen Fortschritte, die seit dem BTI 2018 dazu führten, dass der Gesamtstand der Transformation dort höher bewertet worden war als im südlichen und östlichen Afrika. „Arm aber demokratisch“, titelte damals der BTI. Trotz der ebenfalls negativ verlaufenden Trendkurven im südlichen und östlichen Afrika führt die nun deutlich negativ eingeschätzte politische Transformation in etlichen westafrikanischen Ländern allerdings dazu, dass die Gesamtregion West- und Zentralafrika wieder mit Blick auf das Transformationsniveau hinter die Region des südlichen und östlichen Afrikas zurückgefallen ist. Die politischen Systeme in vielen Ländern West- und Zentralafrikas hielten den massiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen nicht stand. Der im BTI ausgewiesene Schwierigkeitsgrad, der auch sicherheitspolitische Probleme sowie geographische und klimatische Fragen berücksichtigt, ist in West- und Zentralafrika so hoch wie in keiner anderen Weltregion.

Trotz dieser Herausforderungen wird die Tendenz immer deutlicher, dass afrikanische Regierungen auf internationaler Bühne selbstbewusster auftreten und sich weniger zum Spielball internationaler Kräfte machen lassen. West- und Zentralafrika stellt hier keine Ausnahme dar. Waren in den 1990er und 2000er Jahren afrikanische Regierungen noch von westlichen Geberländern abhängig, hat insbesondere der Aufstieg Chinas und weiterer nichtdemokratischer Staaten wie der Türkei und Saudi-Arabien eine entscheidende Wende gebracht. Deren gesteigertes Interesse an Afrika führt dazu, dass die dortigen Regierungen nun zwischen mehreren möglichen Partnern wählen können. Dies konterkariert einerseits Demokratisierungsbemühungen westlicher Staaten, die keinesfalls konsistent waren und sind, und führt andererseits dazu, dass afrikanische Regierungen zunehmend gegenüber westlichen Ländern eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe anstreben.

Auch Russland bietet sich seit einigen Jahren als Partner für afrikanische Staaten an. Die russische Invasion in der Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen verstärkten diese Bemühungen. In einigen Fällen hat die russische Regierung mit ihren Initiativen Erfolg. In Mali hat die Söldnertruppe Wagner Fuß gefasst und ist zu einem stabilisierenden Faktor für die lokale Regierung geworden. In Kamerun kommt es zunehmend zu einer franko-russischen Konkurrenzsituation, in dem sich Russland immer mehr als strategischer Partner in Wirtschafts- und Militärfragen präsentiert. Und in der Zentralafrikanischen Republik hängt die Sicherheit des Präsidenten entscheidend vom Schutz der Wagner-Gruppe ab.

Die russische Invasion in der Ukraine und die Reaktionen hierauf verdeutlichen das gesteigerte Selbstbewusstsein der afrikanischen Regierungen und zeigen, dass der Westen keine Dominanz mehr in Afrika hat. Bei der ersten Resolution der UN-Generalversammlung am 2. März 2022 gegen den russischen Angriffskrieg nahmen die west- und zentralafrikanischen Staaten Burkina Faso, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun und Togo nicht an der Abstimmung teil; Äquatorialguinea, die Republik Kongo, Mali, Senegal und die Zentralafrikanische Republik enthielten sich und Benin, Côte d'Ivoire, die Demokratische Republik Kongo, Gabun, Gambia, Ghana, Liberia, Mauretanien, Niger, Nigeria, Sierra Leone und Tschad stimmten für die Resolution, die Russland verurteilte. Der Druck westlicher Regierungen auf ihre west- und zentralafrikanischen Gegenüber war nicht allorts von Erfolg gekrönt, wie die vielen Enthaltungen zeigen. Dies unterstreicht

einerseits die zunehmende Eigenständigkeit der Regierungen in der Region und andererseits deren Versuche, in alle Richtungen anschlussfähig zu bleiben. So haben sich viele Regierungen in der Region in eine komfortable Lage manövriert, aus der heraus sie selbst entscheiden können, mit welchen Ländern sie kooperieren und mit welchen nicht und welchen Weg sie mit Blick auf die politische und wirtschaftliche Transformation einschlagen wollen.

Politische Transformation

Die politische Transformation in West- und Zentralafrika steht nach wie vor unter Druck. Wenngleich in vielen Ländern der Region eine Stagnation zu beobachten ist, gilt auch, dass einige Länder das Gesamtbild deutlich eintrüben. Die Liste der Staaten, die leichte Verbesserungen in der politischen Transformation zeigen ist kurz: lediglich Niger erreicht in der BTI-Analyse zum Zustand der Demokratie einen höheren Rang als noch vor zwei Jahren. Die Liste der Herabstufungen ist länger: Mit Ghana ist die einzige konsolidierte Demokratie in West- und Zentralafrika zu einer defekten Demokratie geworden und mit Sierra Leone ist eine defekte Demokratie zu einer stark defekten Demokratie herabgestuft worden. Benin und Guinea-Bissau werden nicht mehr länger als Demokratien betrachtet, sondern als gemäßigte Autokratien. Und Mali gilt nunmehr als harte Autokratie wie auch das Nachbarland Burkina Faso. Letzteres ist das Land, das neben Benin die größte Herabstufung erfährt; im BTI 2022 wurde Burkina Faso noch als stark defekte Demokratie gesehen.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte ≥ 4	harte Autokratien Werte < 4
	Ghana ▼	Sierra Leone ▼	Benin ▼▼	Burkina Faso ▼▼
	Gambia		Guinea-Bissau ▼	Kongo, DR ●
	Senegal		Côte d'Ivoire	Kamerun
	Liberia		Togo	Zentralafrikanische Rep. ●
	Niger ▲		Gabun	Mali ▼
			Mauretanien	Kongo, Rep.
			Guinea	Äquatorialguinea
			Nigeria	Tschad

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Hinter der Herausabstufung Ghanas stecken vor allem Einschränkungen hinsichtlich der Meinungs- und Pressefreiheit. Im Falle Sierras Leones gibt es Kritik an der Kompetenz der Wahlkommission und am Registrierungsprozess für die Wahlen im Juni 2023. Die anstehenden Wahlen und ihre Folgen, die im BTI 2026 besprochen werden, können weitere Hinweise liefern, in welche Richtung sich Sierra Leone entwickelt.

In Benin, wo 1991 die Demokratisierungswelle einst ihren Anfang nahm, die große Teile Afrikas erfasst hatte, ist eine deutliche Verschlechterung der politischen Situation zu beobachten. Das Land gilt nunmehr als eine Autokratie im BTI. Dies deutete sich bereits im BTI 2022 an, als dort von den Regelverschärfungen in Bezug auf die Zulassung von Oppositionskandidaturen berichtet wurde. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen wurden diese Regeln nun angewandt und

fürten dazu, dass wichtige Persönlichkeiten der Opposition nicht antreten konnten. Damit waren keine fairen Wahlen mehr möglich. Nur gut die Hälfte der Wahlberechtigten ging an die Urnen.

Guinea-Bissaus Herabstufung zur Autokratie ist damit begründet, dass sich die Gewaltenteilung im Land weiter verschlechtert hat. Der Präsident gab an, über dem Gesetz zu stehen; er hebelte die Legislative und Judikative aus und löste letztlich das Parlament im Mai 2022 auf. Mitglieder der Opposition wurden mit Hilfe des Militärs verfolgt und Abweichler wurden bedroht.

Ganz anders sind die Abstürze von Burkina Faso und Mali zu erklären, denn deren Herabstufungen liegen vor allem darin begründet, dass in beiden Staaten Coups stattgefunden haben. Ähnliches gilt für Guinea, das deutlich niedrigere Indexwerte erhält, die allerdings nicht zu einer Abstufung aus der Kategorie gemäßigte Autokratien führte. Staatsstriche wie in Burkina Faso, Guinea und Mali sind kein neues Phänomen in Afrika – und West- und Zentralafrika ist besonders davon betroffen. Ein Datensatz von Jonathan M. Powell und Clayton L. Thyne, in dem alle erfolgreichen und erfolglosen Coups weltweit auflistet werden, zeigt, dass zwischen 1950 und 2020 von den weltweit registrierten 489 Putschen oder Putschversuchen alleine 132 in West- und Zentralafrika stattgefunden haben (einschließlich São Tomé und Príncipe mit drei Coupversuchen). Von diesen 132 gelten 69 laut der Studie von Powell und Thyne als erfolgreich, was bedeutet, dass es den Putschisten gelang, die Macht zu übernehmen und für mindestens sieben Tage zu halten.

Die erfolgreichen Putsche in Burkina Faso (beide 2022), Guinea (2021) und Mali (2021) sowie die Coupversuche in Gambia (2022), Guinea-Bissau (2022) und Mali (2022) reihen sich also in eine lange Liste von Coups und Coupversuchen in der Region ein und zeigen, dass ein durch einen Putsch herbeigeführter Machtwechsel dort keinen Sonderfall darstellt. Wenngleich es nicht zuletzt aufgrund der restriktiven Anti-Coup-Politik der Afrikanischen Union in den 2010er Jahren zu einem Rückgang von Staatsstreichern kam, zeigt sich für den Berichtszeitraum, dass sich dies deutlich geändert hat angesichts der Tatsache, dass rund ein Viertel der Länder in West- und Zentralafrika von Coup(versuchen) betroffen waren.

Die Gründe für Coups sind vielfältig. Die Schwäche der staatlichen Institutionen und die sozio-ökonomischen Probleme der betroffenen Länder bereiten einen fruchtbaren Boden für Coups. Weitere Faktoren sind, ob der Handlungsspielraum des Militärs in einem Land durch entsprechende Regelungen eingeschränkt ist, ob das Militär politisiert ist und ob es kohärent agiert. Es gibt auch statistische Hinweise darauf, dass Amtszeitbeschränkungen für Staatsoberhäupter die Wahrscheinlichkeit eines Coups reduzieren. Letztlich wird noch die Zahlung von Entwicklungshilfe als Erklärungsansatz diskutiert. Denn wenn die Annahme stimmt, dass Putschende rational handeln, kann der Zugang zu Entwicklungshilfefzahlungen, den sie durch die Machtübernahme erhalten, als Anreiz wirken, einen Coup durchzuführen.

Die Machtübernahme durch das Militär stößt nicht zwangsläufig auf Ablehnung innerhalb der Bevölkerung. Vom Afrobarometer im Jahr 2020 erhobene Zahlen für Burkina Faso zeigen, dass 56,2% der Bevölkerung großes Vertrauen in das Militär hatten. In den Präsidenten hatten hingegen nur 31,8% großes Vertrauen. So wird deutlich, dass die Putschenden in Burkina Faso bei der Bevölkerung eher leichtes Spiel hatten. In etlichen anderen Ländern der Region, die nicht zwangsläufig von Coups betroffen sind, wiederholt sich häufig dieses Muster eines ausgeprägteren Vertrauens der Bevölkerung in das Militär als in das Staatsoberhaupt. In Gambia gaben z.

B. 42,9% der Befragten an, großes Vertrauen in die Armee zu haben, während nur 31,2% sagten, sie hätten großes Vertrauen in den Präsidenten. Im Fall Benin ist das Verhältnis 34,1% zu 28,8% und selbst im demokratischen Ghana haben 35,1% der Bevölkerung großes Vertrauen in das Militär, aber nur 13,9% in den Präsidenten. Die letzte Zahl trübt das oben gezeichnete Bild von Ghana weiter ein.

Im Länderbericht zu Nigeria, der den Zeitraum bis zum 31. Januar 2023 abdeckt, ist die Präsidentschaftswahl im Land, das als das politisch und wirtschaftlich wichtigste in der Region gilt, nicht mehr erfasst und wird im BTI 2026 ausführlich analysiert werden. Hier gilt es bereits festzuhalten, dass die Wahl problematisch verlief, was sich u. a. in einer hohen Wahlabstinenz ausdrückte. Erste Analysen erklären die geringe Wahlbeteiligung von unter 30% mit einer Reihe von Faktoren. So habe es eine grundsätzlich problematische Sicherheitslage im Land gegeben, Wahllokale öffneten spät oder gar nicht, es gab Angriffe auf Wahllokale, insbesondere dort, wo die Opposition stark war, und es war eine Knappheit an Benzin und Bargeld kurz vor dem Wahltag zu beobachten, so dass großen Teilen der Bevölkerung der Wahlzugang zusätzlich erschwert wurde. Die Hoffnungen insbesondere der Jugend auf einen politischen Wandel wurden letztlich nicht erfüllt. Die Wahl unterstreicht damit das im Länderbericht zu Nigeria bereits gezeichnete Bild einer moderaten Autokratie, bei der vor allem die Wahlen als problematisch zu bezeichnen sind.

Eine zentrale Herausforderung für die politische Transformation in west- und zentralafrikanischen Ländern ist die Schwäche der Opposition und der Parteienlandschaft im Allgemeinen. In der Nationalversammlung des Niger haben nicht weniger als 19 Parteien Sitze in den letzten Wahlen gewonnen. Eine geeinte und schlagkräftige Opposition kann so schwerlich entstehen. In Mauretanien ist ein anderes Problem beobachtbar: Dort bilden die stärksten Oppositionsparteien keine Allianz, um gemeinsam gegen die Regierungspartei zu bestehen. Eine zersplitterte Parteienlandschaft wie im Niger und der Unwillen Bündnisse zu schmieden wie in Mauretanien sind häufig anzutreffende Phänomene in der Region. Klientelismus in den Oppositionsparteien ist ebenso ein Problem, wie die Republik Kongo oder Benin beispielsweise zeigen. Das Resultat ist, dass das Vertrauen in die Oppositionsparteien gering ist. Afrobarometerdaten weisen für Benin aus, dass nur 11,2% großes Vertrauen in die Opposition haben, während 30,1% kein Vertrauen in sie haben. Das kontrastiert mit der Regierungspartei, in die immerhin 16,1% großes und 26,3% kein Vertrauen haben. Dramatischer ist die Situation in Ghana, wo 47,2% der Befragten angeben, kein Vertrauen in die Regierungspartei zu haben und 38,9% dasselbe über die Opposition sagen.

Die Meinungs- und Pressefreiheit in West- und Zentralafrika variiert stark. Gambia und Ghana sind die Länder, in denen ein hohes Maß an Meinungs- und Pressefreiheit gegeben ist, gefolgt von Côte d'Ivoire, Liberia und Senegal. Stark unter Druck geraten ist die Meinungs- und Pressefreiheit in Mali und in noch stärkerem Ausmaß in Äquatorialguinea und Kamerun. Ebenso dramatisch ist die Lage im Tschad. Nach dem verfassungswidrigen Regierungswechsel, der den Sohn des Präsidenten an die Macht brachte, scheint sich das autokratische System mit noch mehr Repressionen zu konsolidieren. Pressevertreter:innen arbeiten unter Lebensgefahr, wenn sie über Proteste im Land berichten.

Wirtschaftliche Transformation

Wirtschaftliche Fragen sind eine große Herausforderung in West- und Zentralafrika. Kein Land der Region erlangte im Berichtszeitraum einen Platz in den Kategorien weit fortgeschrittene oder fortgeschrittene wirtschaftliche Transformation. Durch die sich besser darstellende wirtschaftliche Situation in der Demokratischen Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik, die im BTI 2024 aus der niedrigsten in die zweitniedrigste Kategorie aufgestiegen sind, gehören nun alle 22 Staaten zwei Kategorien an. Keine andere BTI-Region zeigt eine ähnliche Clusterbildung und keine andere Region weist im Durchschnitt einen so problematischen wirtschaftlichen Transformationsstand auf. In der Mehrzahl der Länder der Region, namentlich 17, wird die wirtschaftliche Transformation als stark eingeschränkt bewertet, und bei fünf Ländern als lediglich eingeschränkt.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Benin	Senegal ▼	
		Gabun	Togo	
		Côte d'Ivoire	Kamerun	
		Ghana	Burkina Faso	
		Gambia ▲	Sierra Leone	
			Guinea	
			Mauretanien	
			Mali	
			Liberia	
			Niger	
			Guinea-Bissau	
			Nigeria	
			Kongo, Rep.	
			Äquatorialguinea	
			Kongo, DR ▲	
			Tschad	
			Zentralafrikanische Rep. ▲	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Bemerkenswert sind vor diesem Hintergrund der regionalen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwei Befunde: einerseits die relative wirtschaftliche Stärke von Gabun. Die Wirtschaft des Landes erholte sich nach einem ökonomischen Einbruch während der Covid-19-Pandemie. Zum wieder gestiegenen BIP pro Kopf trug der Reichtum an Ressourcen bei einer gleichzeitig kleinen Bevölkerung bei. Gabun verzeichnet zudem moderate Fortschritte im Bildungssystem, unter anderem bei der Einschulungsrate. Andererseits verzeichnet die Demokratische Republik Kongo auf niedrigem Niveau kleinere Fortschritte in den Bereichen Außenhandel und Fiskalpolitik und stellt sich damit gegen den im BTI 2024 identifizierten weltweiten Trend, eher Verschlechterungen in der Fiskalpolitik zu sehen.

Ghana ist hingegen in wirtschaftlich schwieriges Fahrwasser geraten, was sich an einem deutlich gesunkenen Wert im Wirtschafts-Status zeigt. Die Gründe dafür sind vielfältig: eine schwache Währung, das Versagen der Regierung, die Inflation von über 50% unter Kontrolle zu bringen sowie Korruption und Missmanagement zu bekämpfen, was zu geringeren Erlösen aus dem Verkauf von Kakao und Gold geführt hat. Auch Guinea-Bissau erfährt eine deutliche Abwertung im Wirtschafts-Status, was daran liegt, dass das Land sich noch nicht von den Folgen der Covid-19-Pandemie erholt hat und es durch mangelnde Investitionen in Bildung auch langfristig schwer haben wird.

Das Pro-Kopf BIP der meisten west- und zentralafrikanischen Staaten ist weit unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Weltregionen. Mit Ausnahme von Äquatorialguinea und Gabun, die Platz 45 bzw. 51 belegen, und Ghana, Côte d'Ivoire, Mauretanien und Nigeria, die im Mittelfeld liegen, rangieren die Länder der Region am unteren Ende der Tabelle. Hier zeigt sich das „A bis Z“ im wörtlichen Sinne: Während Äquatorialguinea ein pro-Kopf BIP von 16.080 US-Dollar aufweist, hat die Zentralafrikanische Republik lediglich eines von 920 US-Dollar.

Die schlechte wirtschaftliche Situation kann gut mit zwei vom BTI erfassten Faktoren erklärt werden: den strukturellen Hürden, die in der Region anzutreffen sind und der Konfliktintensität. Unter Konfliktintensität wird im BTI die Schwere der politischen, sozialen, ethnischen und religiösen Konflikte in einem Land verstanden. Es zeigt sich, dass außer der BTI-Region Naher Osten und Nordafrika keine andere Region im Durchschnitt einen so schlechten Wert für die Konfliktintensität erzielt wie West- und Zentralafrika. Dabei gibt es jedoch beträchtliche Unterschiede innerhalb der Region. So liegt Gabun mit einer sehr niedrigen Konfliktintensität an einem Ende des Spektrums; Burkina Faso, Mali, Nigeria und die Zentralafrikanische Republik mit einer hohen Konfliktintensität hingegen am anderen Ende. Dass sich Konflikte, insbesondere wenn sie sich mit Gewalt entladen, nachteilig auf die wirtschaftliche und sozioökonomische Entwicklung auswirken können, ist selbsterklärend.

Zu den strukturellen Hürden, denen sich die Länder der Region ausgesetzt sehen und die die wirtschaftliche Situation nachhaltig prägen, zählen u. a. eine unvorteilhafte geographische Lage, Defizite in der Infrastruktur und ein Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften. Ebenso leidet die Region aufgrund von Wetterextremen, Dürren und Desertifikation unter den Folgen des Klimawandels. Mit Blick auf die strukturellen Beschränkungen stellt sich die Situation noch prekärer dar als bei der Konfliktintensität. Denn in West- und Zentralafrika sind strukturelle Hürden am stärksten und vor allem auch am homogensten ausgeprägt. Anders als in allen anderen BTI-Regionen, gibt es in West- und Zentralafrika kein einziges Land, bei dem die strukturellen Hürden als niedrig eingeschätzt werden. Dies ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass die Region fünf Binnenstaaten ohne direkten Zugang zum Meer hat, über den ein Großteil des Welt Handels abgewickelt wird. Hinzu kommt die Sahara als Barriere nach Norden. In vielen Ländern wurde weder in der Kolonialzeit noch danach im großen Stile in die Infrastruktur investiert und es findet in der Regel der Abbau von Ressourcen, selten aber ihre Weiterverarbeitung in der Region statt.

In den Staaten, die über reichhaltigere Ressourcen verfügen, führen die strukturellen Hürden, kombiniert mit Patronage und Klientelismus, dazu, dass diese Ressourcen nicht für die sozioökonomische Entwicklung genutzt werden. Dies gilt insbesondere für die ölreichen Länder Äquatorialguinea, Gabun, Nigeria und die Republik Kongo, wo sich Rentierökonomien entwi-

ckelt haben, von denen insbesondere die Elite der Länder profitiert. Guinea verfügt über die weltweit größten Bauxitreserven, ein Rohstoff für die Herstellung von Aluminium, während die Demokratische Republik Kongo mit weitem Abstand die größten Kobaltreserven der Welt hat. Letzteres bringt das Land zwar in eine wirtschaftliche Schlüsselrolle in Zeiten, in denen Kobalt für die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie für die Herstellung von Batterien für elektronische Fahrzeuge unverzichtbar ist. Doch auch hier profitieren wegen des Klientelismus nur Wenige vom Verkauf dieser Ressource.

Die Covid-19 Pandemie und ihre ökonomischen Folgen beschäftigen noch einige Länder in West- und Zentralafrika. An die Wachstumszahlen, die vor der Pandemie zu beobachten waren, konnten viele der untersuchten Staaten bislang nicht anschließen. Gambia zeigt dies exemplarisch: stand das BIP-Wachstum 2019 noch bei 3,5%, fiel es 2020 auf -2,0% und stieg 2021 nur auf 1,7% wieder an. Acht Länder der Region blieben sogar in einer Rezession stecken, unter ihnen Äquatorialguinea und die Demokratische Republik Kongo.

Die russische Invasion der Ukraine wirkte sich auf die wirtschaftliche Transformation in West- und Zentralafrika in verschiedenen Formen aus. Die Preise für Lebensmittel, Öl und Gas stiegen an und belasteten sowohl die Bevölkerung als auch die Fiskalstabilität der importabhängigen Staaten. Im Zusammenspiel mit den Folgen der Covid-19 Pandemie führte der russische Angriffskrieg zu einer steigenden Inflation in der Region. Côte d'Ivoire zeigt dies beispielhaft: 2020 lag die Inflation noch bei 2,4%, 2021 erreichte sie bereits einen Wert von 4,1% und stieg 2022 weiter auf 5,3%. Ähnliches ist in Kamerun zu verzeichnen, wo die Inflation von 2,4% über 2,3% bis 6,2% zwischen 2020 und 2022 stieg. In Sierra Leone verdoppelten sich die Lebensmittel- und Benzinpreise zwischen 2021 und 2022, mit einschneidenden sozialen Folgen einer erhöhten Arbeitslosigkeit, eines Anstiegs der Armutsrate und einer Gefährdung der Ernährungssicherheit.

Die Sanktionierung von russischem Öl und Gas infolge des Krieges gegen die Ukraine hat nicht zu einer Steigerung der Fördermengen in den ölproduzierenden Staaten West- und Zentralafrikas geführt. In Gabun und der Republik Kongo blieb die Fördermenge im Vergleich der Jahre 2021 und 2022 laut OPEC-Daten stabil, in Äquatorialguinea gab es einen Rückgang der Produktion. In Nigeria brach die Produktionsmenge 2022 regelrecht ein. Produzierte Nigeria laut Daten der Nigerian Upstream Petroleum Regulatory Commission im Jahr 2020 im Jahresschnitt noch 1,49 Mio. Barrel am Tag, waren es 2022 nur noch 1,14 Mio. Barrel pro Tag. Die Gründe für den Einbruch der Produktionsmenge liegen einerseits in mangelnden Investitionen in die Erschließung neuer Ölfelder und andererseits in Sabotage und Diebstahl von Öl in industriellem Ausmaß; es wird angenommen, dass bis zu 20% der täglichen Fördermenge gestohlen werden. Nigeria ist nicht mehr länger das wichtigste Ölförderland Afrikas. Angola und Libyen zogen an Nigeria vorbei. Die wirtschaftlichen Probleme Nigerias bleiben nicht ohne Folgen für die Nachbarländer. Sie wirken sich beispielsweise abträglich auf Benins Wirtschaft aus und gefährden damit auch die Implementierung der dortigen ökonomischen Reformprogramme.

Die wirtschaftlichen Probleme der Region spiegeln sich auch in der sozioökonomischen Entwicklung wider. Dies wird u. a. durch den Human Development Index der Vereinten Nationen sichtbar, der den Zustand der menschlichen Entwicklung misst und in eine Rangfolge überführt. Während Gabun 2021 noch Rang 112 erreicht und mit Ghana auf Rang 133 am besten aus der Region abschneidet, sind von Gambia auf Rang 174 über Guinea-Bissau, Liberia, die Demokratische Republik Kongo, Sierra Leone, Guinea, Burkina Faso, Mali, die Zentralafrikanische Republik und Niger bis zum Tschad auf Rang 190 insgesamt elf Länder der Region auf den letzten 20 Plätzen zu finden.

Diese Zahlen verdecken die große Ungleichheit innerhalb der Länder. Diese lässt sich mit dem Gini-Index gut belegen. Hier schneiden einige Länder, unter ihnen Burkina Faso, die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik, im weltweiten Vergleich schlecht ab. Konkret gesprochen bedeutet dies, dass in diesen Ländern die Einkommensverteilung eine große Unwucht zu Gunsten einiger Weniger und zu Lasten der Masse aufweist. Der Länderbericht für Äquatorialguinea, das ölfreiche Land am Golf von Guinea, für das kein Gini-Koeffizient vorliegt, zeigt auf, dass dort die Ungleichheit vermutlich am stärksten ausgeprägt ist. Sie wird dort als atemberaubend beschrieben. Ein Zahlenpaar untermauert dies: auf der einen Seite signalisiert das nach Mauritius und Botswana höchste pro-Kopf BIP Afrikas eine hohe volkswirtschaftliche Wertschöpfung, auf der anderen Seite lag die Armutsrate 2020 bei 67%.

Governance

Die Qualität der Governance stagnierte in West- und Zentralafrika in den Jahren 2021 und 2022 weitgehend. Die größten Rückgänge verzeichnen Mali, Burkina Faso und der Tschad, wo es zu verfassungswidrigen Machtwechseln kam, was sich auf die Qualität der Governance niederschlug. Auch Guinea-Bissau verzeichnet einen großen Rückgang. Dort hat die Regierung zunehmende Schwierigkeiten, Prioritäten zu setzen, ihre Politik zu implementieren und mit antidemokratischen Akteuren umzugehen. Den höchsten Zugewinn an Regierungsqualität weist Niger auf, das allerdings immer noch hinter den Werten zurückbleibt, die es bis 2018 hatte und dennoch mit Blick auf Governance unter allen 137 BTI-Ländern auf Platz 37 landet. Eine gute Regierungsqualität wird nunmehr Côte d'Ivoire bescheinigt, das weltweit auf Platz 36 rangiert. Dies ist vor allem damit zu erklären, dass die Regierung inzwischen als glaubwürdiger wahrgenommen wird, verstärkt mit den Nachbarstaaten kooperiert und etwas weniger zaghaft als bislang das Korruptionsproblem im Land angeht.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Senegal	Niger	Nigeria	Kongo, Rep.
	Ghana	Guinea	Mauretanien	Kongo, DR
	Gambia	Togo	Zentralafrikanische Rep.	Tschad
	Benin	Liberia	Guinea-Bissau ▼	
	Côte d'Ivoire ▲	Burkina Faso	Kamerun	
		Sierra Leone	Mali ▼	
		Gabun	Äquatorialguinea	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Die Sicherheitslage bleibt in etlichen Staaten West- und Zentralafrikas angespannt und stellt eine hohe Bürde für die Regierungsfähigkeit der Länder dar. In vier Fällen stieg die Intensität der Konflikte an, namentlich in Burkina Faso, Liberia, Sierra Leone und Tschad. In ebenfalls vier Fällen hingegen wurde ein Rückgang der Konfliktintensität verzeichnet: von einem sehr hohen Niveau kommend in der Zentralafrikanischen Republik, vom mittleren Level in Guinea und der

Republik Kongo sowie mit einer geringeren Intensität startend in Gambia. Wie oben erwähnt, bezieht sich Konfliktintensität hier auf die Schwere der politischen, sozialen, ethnischen und religiösen Konflikte. Diese können, müssen aber nicht zwangsläufig mit Gewalt einhergehen.

Gewalttätige Konflikte, die in der Region zumeist von Rebellion, Dschihadismus und in geringerem Umfang von Separatismus befeuert werden, sind weiterhin in etlichen Staaten ein fundamentales Problem. Besonders vom Dschihadismus betroffen ist die Sahelregion und hier vor allem die Staaten Burkina Faso, Mali und Niger. Von islamistischem Terrorismus sind auch die Küstenstaaten Benin, Côte d'Ivoire, Ghana und Togo bedroht. Ein zweiter Schwerpunkt dschihadistischer Bedrohungen ist die Umgebung des Tschadsees, vor allem in den Ländern Kamerun, Nigeria und Tschad. Hier und in der Sahelregion agieren vor allem die Terror-Gruppierungen Islamischer Staat in Westafrika, in der Boko Haram teilweise aufgegangen ist, und Al-Qaida im Maghreb.

Die Konfliktlage in der Demokratischen Republik Kongo ist anders gelagert, weil hier islamistischer Terrorismus nur am Rande operiert und stattdessen Aufständische die Konfliktsituation dominieren, die entweder die Regierung stürzen wollen oder monetär vom Kriegszustand profitieren und daher kein Interesse haben, den gewaltsamen Konflikt zu beenden. Die Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo gilt insgesamt als angespannt; die gewalttätigen Auseinandersetzungen konzentrieren sich aber auf den Osten des Landes. Hier gibt es mehrere Rebellengruppen, u. a. die M23 und die CODECO. Aber auch islamistische Terrorgruppierungen fassen dort Fuß. Jahrzehnte des Konflikts insbesondere im Ostkongo haben dazu geführt, dass Gewalt dort normalisiert und die Gesellschaft militarisiert wurde. Ähnliches gilt für die Zentralafrikanische Republik, die sich in den vergangenen Jahren in einem nahezu permanenten Zustand des Konflikts befindet, und auch für den Tschad. Marielle Debois geht in ihrem Buch über den Tschad so weit zu argumentieren, man solle eher von einer Zwischenkriegszeit sprechen als von Frieden, wenn man den etwas ruhigeren Phasen in der post-kolonialen Geschichte des Landes einen Namen geben möchte.

Separatistische Bestrebungen sind angesichts der durch die Kolonialmächte festgelegten Grenzen in Afrika kaum überraschend. Dennoch kommen sie erstaunlich selten vor und sind in noch weniger Fällen erfolgreich. In West- und Zentralafrika gibt es drei nennenswerte Separationsbestrebungen: in Mali, in Kamerun und im Senegal. In Mali versuchen Tuareg im Norden des Landes einen eigenen Staat zu schaffen, was 2013 einer der Gründe für den Ausbruch der Krise war, die bis heute nachwirkt. In Kamerun gibt es im anglophonen Teil des Landes Separationsbestrebungen, die seit 2017 in einem blutigen Kampf von militanten Gruppen der Region Ambazonia vorangetrieben werden und bis 2022 mindestens 4.000 Tote forderten und über 700.000 Menschen zu Binnenflüchtlingen machten. Die militanten Gruppen führten 2021 und 2022 verstärkt Angriffe auf Regierungstruppen durch, die wiederum massive Gegenschläge durchführten. Die Separationsbestrebungen in der senegalesischen Region Casamance sind im Vergleich hierzu weniger tragisch, dafür umso erstaunlicher in einem Land, dass sich ansonsten durch ein friedliches Zusammenleben seiner Bevölkerung auszeichnet. In den Jahren 2021 und 2022 ging das senegalische Militär gegen die separatistischen Gruppierungen in mehreren Militäroperationen unter Gegenwehr vor. Im Juli 2022 kam es zu einem Friedensabkommen zwischen der Regierung und Teilen der Aufständischen.

Die voranschreitende Militarisierung der Region kann dazu beitragen, die Sicherheitslage zu stabilisieren. Gleichzeitig hat sie aber auch das Potenzial, die problematische Sicherheitslage zu verschärfen. Alle Regierungen in West- und Zentralafrika – mit Ausnahme Gambias und Malis – haben im Berichtszeitraum die Ausgaben für das Militär signifikant gesteigert. Laut Daten von

SIPRI hat Togo seine Militärausgaben von 2021 bis 2022 um 80% erhöht und nimmt damit mit Blick auf Ausgabensteigerungen in diesem Zeitraum vor Guinea mit 43,3% und Niger mit 28,9% den Spitzenplatz ein. Die Militärausgaben Nigerias verzeichneten bereits 2021 einen Höchststand. In absoluten Zahlen: Nigeria hat 2021 rund 4,4 Milliarden US-Dollar in sein Militär investiert. Damit hat Nigeria in diesem Jahr fast zehnmal so hohe Militärausgaben gehabt wie der Durchschnitt aller Staaten der Region.

Antidemokratische Akteure, zu denen das Militär, Parteien oder Unternehmen zählen können, sind in vielen Ländern der Region anzutreffen. Die Fähigkeiten der Reformkräfte im Lande, diese Akteure zu kontrollieren, sind zumeist wenig stark ausgeprägt. Lediglich in Gambia, Ghana und Senegal wird den reform- und demokratieorientierten Kräften eine hohe Fähigkeit zugesprochen, mit antidemokratischen Akteuren zielführend umgehen zu können. Ganz anders ist die Situation in Äquatorialguinea, den beiden Kongos und im Tschad. Im Tschad hat der Sohn des gestorbenen Präsidenten die Militärherrschaft unter seiner Führung zementiert. Reformkräfte werden noch stärker unterdrückt und haben keinen Handlungsspielraum mehr. Ein Protest im Oktober 2022 gegen die Verlängerung der Übergangsphase, die in Wahlen münden soll, wurde von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen. Der 22. Oktober 2022 gilt seitdem als "Schwarzer Donnerstag". Auch schwierig sind die Gegebenheiten für reformorientierte Kräfte in Mali, wo 2020 und 2021 je ein Coup stattfand, der eine Militärjunta an die Macht brachte und demokratische Akteure an den Rand drängte. In Malis Nachbarland Burkina Faso wird die Bedeutung von antidemokratischen Akteuren in Gestalt der beiden Coups in Jahr 2022 gleich doppelt sichtbar und gleichzeitig auch das mangelnde Vermögen der reformorientierten Kräfte, die antidemokratischen Akteure zu kontrollieren.

Korruption war und ist in West- und Zentralafrika ein großes Problem und schränkt die Regierungsfähigkeit und -qualität ein. Gemeinsam mit der BTI-Region Südliches und Östliches Afrika schneidet die Region bei der Korruptionsbekämpfung im BTI am schlechtesten ab. In den Jahren 2021 und 2022 ist keine wesentliche Verbesserung im Kampf gegen die Korruption zu verzeichnen. Liberia illustriert diese Stagnation. Obwohl sich der seit 2016 anhaltende Negativtrend nicht weiter fortsetzte, ist das mangelnde Niveau der Korruptionsbekämpfung beachtlich, gehörte Liberia vor rund einem Jahrzehnt innerhalb West- und Zentralafrikas noch zu den hier am besten bewerteten Ländern. In Gambia hingegen könnten sich positive Veränderungen durch die Einrichtung einer Anti-Korruptions-Kommission andeuten. Ähnliches gilt für Côte d'Ivoire, wo ein Ministerium für die Korruptionsbekämpfung geschaffen wurde.

Die Korruption in Äquatorialguinea hingegen hat ein so großes Ausmaß, dass das Land nicht nur 2010 in einem Papier der Open Society als „fast perfekte Kleptokratie“ bezeichnet wird und auf unterster Stufe in der BTI-Bewertung wie auch in anderen Indizes rangiert, sondern auch seit 2015 einen eigenen und inzwischen nicht gerade kurzen Eintrag auf der englischsprachigen Wikipedia-Seite mit dem Titel „Corruption in Equatorial Guinea“ hat. Es gibt zwar in einigen Korruptionsfällen im Lande eine Strafverfolgung, doch dient diese zumeist der Regierung dazu, unliebsame Konkurrenz zu schwächen.

Ausblick

Das schlechte Abschneiden West- und Zentralafrikas im Status-Index des BTI ist auch auf den schlechten wirtschaftlichen Entwicklungsstand in den meisten Ländern zurückzuführen. Denn während der regionale politische Transformationsstand mit weitem Abstand vor dem Nahen Osten und Nordafrika und auch knapp vor Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien liegt, also den beiden BTI-Regionen, die mit Blick auf die politische Transformation schlechter abschneiden, sind Marktordnung, Wirtschaftsleistung, soziale Inklusion und Nachhaltigkeit deutlich schwächer ausgeprägt als in allen anderen vom BTI untersuchten Regionen. Da die strukturellen Hürden, denen sich die west- und zentralafrikanischen Länder ausgesetzt sehen, sehr hoch und insbesondere die geographischen Gegebenheiten nicht veränderbar sind, ist davon auszugehen, dass sich an der regionalen Gesamtsituation auf absehbare Zeit wenig ändern wird.

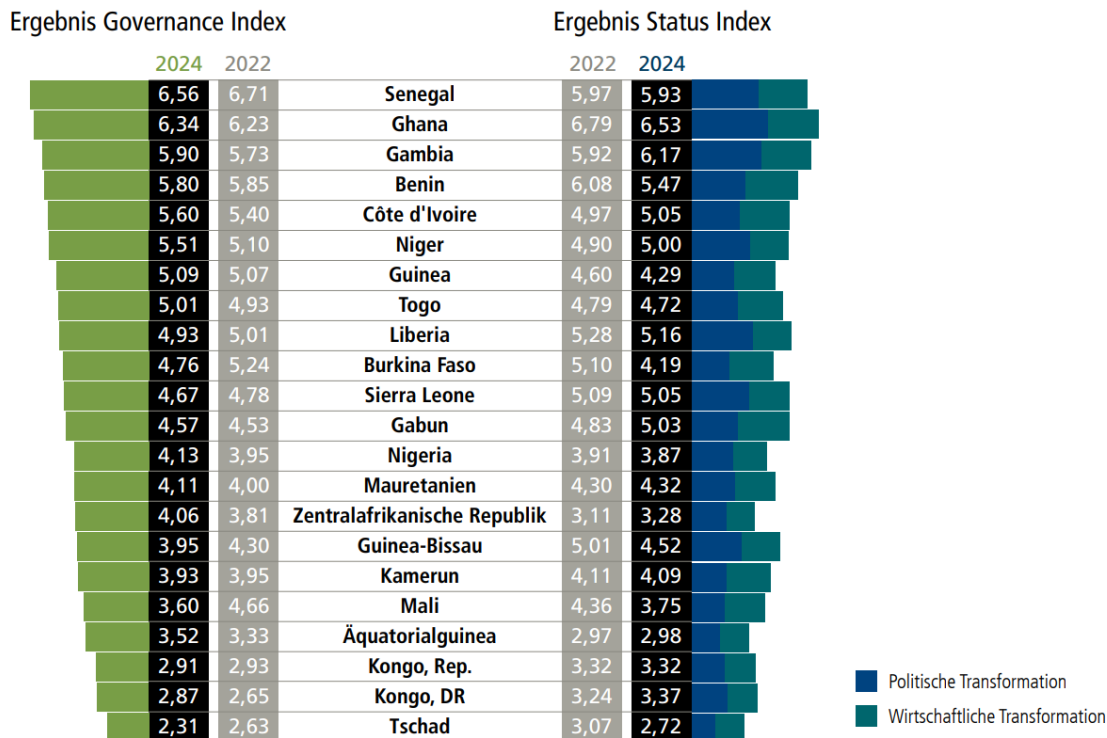
Der düstere Gesamtausblick, der sich vor allem aus Hürden für die wirtschaftliche Transformation in Form von geographischen Gegebenheiten, klimatischen Schwierigkeiten und dem Mangel oder der Abhängigkeit von Rohstoffen speist, schließt nicht aus, dass einzelne Länder voranschreiten und dort die wirtschaftliche Transformation mitsamt einer sozioökonomischen Entwicklung an Fahrt aufnimmt. Gabun und Gambia haben sich auf vergleichsweise höherem Niveau im BTI 2024 aufgrund positiver Veränderungen als mögliche Kandidaten herauskristallisiert, und mit noch immer sehr eingeschränktem wirtschaftlichen Entwicklungsstand ist eine gewisse makroökonomische Erholung auch in der Demokratischen Republik Kongo festzustellen. Ob von einer erfolgreichen wirtschaftlichen Transformation auch breite Teile der Bevölkerung profitieren würden, bleibt insbesondere in Gabun und der Demokratischen Republik Kongo aufgrund des dort vorherrschenden Klientelismus fraglich.

Die Entwicklung in Ghana gibt konkret Anlass zur Sorge – sowohl in wirtschaftlicher wie auch politischer Sicht. Da Ghana ein Land ist, das sich seit Jahren um den Schwellenwert zwischen konsolidierter und defekter Demokratie bewegt, könnte man die Herabstufung zu einer defekten Demokratie auf den ersten Blick als wenig dramatisch deuten. Doch gibt es im Land eine angespannte wirtschaftliche Situation und zudem zeigt sich, dass die Legitimität der demokratischen Institutionen seitens der Bevölkerung durch Korruptionsskandale zunehmend in Frage gestellt wird. Dies legt nahe, dass der Druck auf die politische und wirtschaftliche Transformation in den kommenden Jahren steigen wird.

Benin hingegen sendet in der BTI-Analyse gemischte Signale aus. Einerseits beobachten wir einen Abstieg aus den Rängen der demokratischen Staaten in die Riege der Autokratien. Andererseits sehen wir hinsichtlich der Qualität der Governance eine Stagnation und mit Blick auf die wirtschaftliche Transformation sind gar Fortschritte zu verzeichnen. In Benin wird viel davon abhängen, ob es dem Präsidenten gelingt, die autoritären Strukturen weiter zu festigen oder ob die Opposition, die inzwischen wieder im Parlament vertreten ist, es vermag, dieses Streben aufzuhalten.

Dramatischer und eindeutiger sind die Gegebenheiten in Burkina Faso und in Mali. Die Wahrscheinlichkeit, dass es dort zu einer positiven politischen und wirtschaftlichen Transformation kommt, sollte als gering gesehen werden. Wenngleich in beiden Ländern von einem Übergangsprozess die Rede ist, bleiben die Situationen nicht zuletzt wegen der andauernden schlechten

Sicherheitslage stark angespannt. Die gestiegene Bedeutung von russischen Söldnern in Mali und der gleichzeitig geforderte Abzug der UN-Friedensmission aus dem Land und der bereits beschlossene Rückzug einiger europäischer Staaten von dort können schwerlich als Hoffnungszeichen gesehen werden. Ein weiteres Abdriften des Landes im BTI ist nicht auszuschließen, bis hin zu einer Klassifizierung als *failing state*. Ähnliches gilt für Burkina Faso.



Wenn wir abschließend aus der Situation in den Ländern herauszoomen und die Entwicklungen in einen globalen Kontext einbetten, zeigen sich in West- und Zentralafrika – wie im übrigen Afrika auch – zwei gegenläufige Tendenzen. Auf der einen Seite sehen wir eine größere Abhängigkeit von ausländischen Akteuren sowohl in Wirtschafts- als auch weiter zunehmend in Sicherheitsfragen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die senegalesische Regierung bediente sich türkischer Hilfe, um den Separatismus in der Region Casamance zu schwächen, die Regierung in Niger setzt auf westliche Militärhilfe, insbesondere aus Frankreich, und die Junta in Mali sowie der Präsident der Zentralafrikanischen Republik bedienen sich Russlands Wagnersöldnern. Dabei entstehen Abhängigkeitsverhältnisse, die nicht nur in Afrika wirken, sondern globale Bedeutung erlangen können. Denn der Präsident der Zentralafrikanischen Republik erkaufte sich seine persönliche Sicherheit mit der Erlaubnis an die russischen Söldner, die Rohstoffe des Landes zu plündern. Damit bereichern sich nicht nur die Söldner selbst, sondern generieren so auch Mittel für ihre Kampfhandlungen anderorts. Gleichzeitig sind einige west- und zentralafrikanische Staaten von Russland und der Ukraine mit Blick auf Dünger- und Getreidelieferungen abhängig.

Auf der anderen Seite sehen wir afrikanische Akteure zunehmend selbstbewusst auf der internationalen Bühne auftreten. Sie vermitteln mit immer mehr Verve den Anschein, dass sie nicht mehr Getriebene der Weltpolitik sein wollen. Sie wollen mitgestalten. Dies wird seit Jahren bei internationalen Verhandlungen sichtbar, wie mit den Folgen des menschengemachten Klimawandels umzugehen ist. Hier haben die afrikanischen Regierungen ein starkes Argument: sie

haben kaum etwas zum Klimawandel beigetragen, leiden durch Dürren, Starkregen und steigende Meeresspiegel aber besonders unter ihm. Ein weiteres Zeichen für ein gestärktes Selbstbewusstsein sind die Anklagen afrikanischer Akteure gegenüber der Weltgemeinschaft, nicht im selben Maße und nicht mit derselben Geschwindigkeit wie insbesondere westliche Staaten von der Entwicklung von Covid-19-Impfstoffen profitiert zu haben. Auch die verstärkt vorangetriebene Forderung zur Rückgabe kolonialer Beutekunst, wie zum Beispiel die Forderung Nigerias nach den Benin-Bronzen aus Deutschland, ist Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins. Ein letztes Beispiel betrifft die russische Invasion in der Ukraine. Hier zeigt sich nicht nur, dass sich afrikanische Staaten durch ihr Abstimmungsverhalten in der UN-Generalversammlung Optionen in alle Richtungen offenhielten. Durch die Vermittlungsmission einiger afrikanischer Präsidenten in Kiew und Moskau, zu denen auch Senegals Präsident und der Premierminister der Republik Kongo gehörten, unterstrichen die Staats- und Regierungschefs ihr Selbstbewusstsein und ihren Willen, auf die Politik jenseits ihrer Region und des Kontinents wirken zu wollen. Dieses gesteigerte Selbstbewusstsein ist auch daran zu erkennen, dass sich die Regierungen der Region immer stärker gegen Einmischung von außen stellen. Ob dies gute Nachrichten für die politische und wirtschaftliche Transformation sind, bleibt abzuwarten.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2024

ISBN

978-3-86793-974-4

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de